

Fraktion der SPD  
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Fraktion der FDP  
 Fraktion BIBS

<b>Interfraktioneller Antrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	16. Sept. 09	1371/09
Absender <b>INTERFRAKTIONELLER ANTRAG</b> Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Rathaus 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	22. Sept. 09	
Betreff <b>Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten -          Integration durch politische Beteiligung</b>		

Der Rat wird gebeten zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Resolution der Bürgermitglieder im Ausschuss für Integrationsfragen und unterstützt das darin geäußerte Anliegen, ein kommunales Wahlrecht auch für Menschen aus Nicht-EU-Staaten zu ermöglichen. Die Verwaltung wird darum gebeten, diese Resolution auch im Namen des Rates der Stadt Braunschweig an die zuständigen Stellen auf Bundesebene weiterzuleiten. Der Rat der Stadt Braunschweig bittet den Gesetzgeber in diesem Zusammenhang darum, bei der Neufassung oder Änderung bestehender Gesetze Mindestanforderungen in Bezug auf die Aufenthaltsdauer und Sprachkenntnisse der Migrantinnen und Migranten festzuschreiben, die in Zukunft von einer solchen Regelung profitieren können.“

*Begründung:*

*Der Ausschuss für Integrationsfragen hat während der Sitzung vom 02.09.2009 mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die von den Bürgermitgliedern eingebracht worden war, und in der das kommunale Wahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Staaten gefordert wird.*

*In ihrer Resolution bringen die Bürgermitglieder den Wunsch zum Ausdruck, dass der Rat sich ebenfalls mit dieser Resolution beschäftigen und ein unterstützendes Votum abgeben möge.*

*Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und BIBS unterstützen diesen Wunsch und haben sich darauf verständigt, diesem Ansinnen der Bürgermitglieder durch einen gemeinsamen Antrag an den Rat die angemessene Geltung zu verschaffen.*

Gez.

Manfred Pesditschek  
 Holger Herlitschke  
 Daniel Kreßner  
 Heiderose Wanzelius

F.d.R. \_\_\_\_\_

Anlage: Resolution

## Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrecht für alle Bürger

### Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle Migranten und Migrantinnen!

Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres Grundgesetzes. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht von der Staatsangehörigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen abhängig gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.

In Deutschland leben gegenwärtig ca. 4,5 Millionen Ausländer und Ausländerinnen, die kein Recht auf politische Teilhabe bei Kommunalwahlen haben. Sie sind Staatsangehörige von Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören – so genannte Drittstaatler. Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, auch nur einen Teil ihrer Mitglieder von elementaren Mitwirkungsrechten auszuschließen. Für die Identifikation aller Migranten und Migrantinnen mit dem Land in dem sie leben und damit letztlich für den Erfolg von Integrationsprozessen ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Bedingung. Es ermöglicht demokratische Teilhabe und Mitwirkung z.B. bei der Gestaltung des unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes.

Der Ausschuss für Integrationsfragen unterstützt deshalb die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migranten und Migrantinnen. Er bittet den Rat der Stadt Braunschweig, Bundestag und Bundesrat aufzufordern, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen, um das „Kommunale Wahlrecht für Alle“ einführen zu können.

Damit bleibt die Stadt Braunschweig der Grundlage ihres interkulturellen Leitbildes treu, in dem es heißt: **Alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger haben einen gleichberechtigten Zugang zu den Bereichen Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Politik, Gesundheit und Kultur. Sie partizipieren gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben.** und setzt weiter ernst gemeinte Integration fort.

Braunschweig, 17.08.2009